

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

Horst Jungmann MdB, Mitglied des Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, zur sicherheitspolitischen Diskussion: Im Herbst entscheiden. Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert Stoltenbergs Umgang mit dem Verkehrsetat: Keine Notkasse für den Gesamthaushalt. Seite 3

Vera Rüdiger, Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten, fordert eine wirksame Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität: Das Schaumgummi-Näsmarchen reicht nicht. Seite 4

### Dokumentation

Wir dokumentieren die Entschlüsse der Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bundes und der Länder zu den Themen Genfer Verhandlungen, Bundeshaushalt und Ausbildungssituation. Seite 5

38. Jahrgang / 189

3. Oktober 1983

### "Im Herbst entscheiden..."

Anmerkungen zur sicherheitspolitischen Diskussion in der SPD

Von Horst Jungmann MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Auf dem Dortmunder Parteitag hat die SPD in ihrem Wahlprogramm beschlossen: "Die Genfer Verhandlungen müssen mit dem Ziel geführt werden, sowjetische Raketen abzubauen, um die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen überflüssig zu machen. Es ist Aufgabe jeder Bundesregierung, auf beide Weltmächte einzuwirken, damit dieses Ziel erreicht wird. Einen Automatismus der Stationierung darf es dabei nicht geben. Wir Sozialdemokraten werden im Herbst 1983 entscheiden, welche Forderungen aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand zu ziehen sind. Die sowjetische und amerikanische Seite müssen sich von ihren Ausgangspositionen auf einen Kompromiß zubewegen. Wenn die Genfer Verhandlungen mangels Verständigungswillens einer Seite kein Ergebnis erzielen sollten, so würde dies unsere Entscheidung wesentlich beeinflussen."

Der Bundesparteitag muß auf der Grundlage dieses Beschlusses entscheiden. Er kann den Beschluß revidieren und ein prinzipielles "Nein" zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen sprechen. Der Rolle der Parteien in unserem Verfassungswesen und unserem Verständnis von innerparteilicher Demokratie entsprechend hat die Bundestagsfraktion die Beschlüsse des Bundesparteitages im Bundestag zu vertreten.

Einige von uns sind angesichts des heutigen Standes der Genfer Verhandlungen nicht bereit, vor Abschluß der INF-Verhandlungen mit einem prinzipiellen "Nein" zum Rüstungs-

teil den Druck von der Sowjetunion zu nehmen, sowenig sie bereit sind und wären, eine automatische Aufstellung amerikanischer Waffen hinzunehmen. Einige sind insbesondere der Meinung, daß die SPD in der Lage sein muß, ein Verhandlungsergebnis in Genf mitzutragen, das zur Verringerung von Atomwaffen führt und nicht zuletzt aufgrund des Drucks auf beide Supermächte zustandekommen kann.

Wir sind im Übrigen alle in folgenden Grundsätzen einig, die in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielen:

1. Die Friedensbewegung ist als Form der Mitwirkung des Bürgers nicht nur innenpolitisch legitim und notwendig, sie ist auch als eine "vertrauensbildende Maßnahme" von internationaler Bedeutung. Wir verteidigen sie gegen Diffamierung. Sie hat unsere Sympathie und Unterstützung.
2. Wir wissen, daß die Bundesrepublik unter den gegebenen internationalen Bedingungen nur in der NATO internationalen Einfluß ausüben und Sicherheit finden kann. Die NATO-Mitgliedschaft steht für uns nicht zur Diskussion, wohl aber die Strategie der NATO.
3. Die SPD steht als eine Partei, die die Landesverteidigung bejaht, zu den Soldaten und Wehrpflichtigen in der Bundeswehr, die dem demokratischen Staat und dem Friedensauftrag des Grundgesetzes dienen.
4. Die SPD fordert im Godesberger Programm: "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die nationale Landesverteidigungen ablösen wird." Damit vertritt sie das Endziel des politischen Pazifismus. Sie hat immer den ethischen und individuellen Pazifismus geschützt. Er hat auch immer Einfluß auf die Politik der Partei gehabt. Wir werden weiterhin für die bedingungslose Abschaffung der staatlichen Gewissensprüfung von Kriegsdienstverweigerern eintreten.

(-/3.10.1983/ks/rs)

+ + +



**Verkehrsinvestitionen dürfen nicht sinken**  
-----

**Stoltenberg benutzt Verkehrsetat als Notkasse für den Gesamthaushalt**

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Obwohl im nächsten Jahr die Bundesregierung insgesamt 1,8 Prozent mehr als in diesem Jahr ausgeben will, soll der Verkehrsetat um rund 200 Millionen DM schrumpfen (= 0,8 Prozent). Mit einem Rückgang von 1,2 Prozent sind die Investitionsausgaben stärker rückläufig als die Gesamtausgaben. Berechnet man diese Summen noch in realen Größen, also abzüglich der Inflationsrate, so ergibt sich ein effektiver Rückgang um etwa 600 Millionen DM. Das sind Tausende Arbeitsplätze, die mangels Investitionskontinuität zerstört werden.

Dieses Haushaltsergebnis steht in einem krassen Gegensatz zu den öffentlichen Verlautbarungen Dollingers. Die Verkehrsinvestitionen steigen nicht, sondern sie sinken deutlich. Nicht einmal eine Verstetigung wird erreicht. Ausnahmeweise kann ich dem Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion in Bayern, Gerold Tandler, zustimmen, der seine Kritik am Bundeshaushalt mit zu niedrigen Verkehrsinvestitionen verband. So wie sich die Haushaltsentwicklung im Verkehrsbereich darstellt, benutzt Herr Stoltenberg offensichtlich den Verkehrshaushalt als Notkasse für den Gesamthaushalt.

Es zeugt nicht von besonderer politischer Weitsicht, wenn ausgerechnet im Verkehrshaushalt, wo zukunftssträchtige Investitionen bei einer Umstrukturierung möglich wären, daß ausgerechnet in diesem Verkehrshaushalt der Investitionsbereich zulasten der Arbeitsplätze gekürzt wird. Das Scheinargument "Die Rückläufigkeit des Investitionsansatzes sei ja nicht so dramatisch, weil die Tiefbaupreise rückläufig" seien, dieses Scheinargument ist ein nicht zu überbietender Zynismus, denn die Bauunternehmen stehen vor einem Kollaps und diese Tatsache nimmt der Bundesfinanzminister zum Anlaß, um die Investitionsansätze zu kürzen. Ein derartiges Verhalten kann man nur bezeichnen als das Ausnutzen einer wirtschaftlichen Notlage.

Wenn die Bundesregierung im Finanzplan erläutert, daß angesichts des hohen Ausbaustandes der Verkehrsinfrastruktur der Bund in Zukunft seine Mittel stärker auf Investitionsausgaben außerhalb des Verkehrsbereiches verlagert, dann mag dieser hohe Ausbaustandard Gültigkeit haben für die Bereiche Bundesautobahn und Bundesstraßen. Dies gilt aber keineswegs für so wichtige Bereiche wie den öffentlichen Personennahverkehr und für die Deutsche Bundesbahn. Ich vermissе im Verkehrshaushaltsplan und im Finanzplan konkrete Aussagen über die notwendige Umstrukturierung des Verkehrshaushaltes in die Richtung ÖPNV und Deutsche Bundesbahn. Diese Umstrukturierung ist notwendig aus volkswirtschaftlichen, aus arbeitsmarktpolitischen, aus energie- und aus umweltpolitischen Gründen!

Hier setzt unser Vorwurf an, daß Verkehrsminister Dollinger offensichtlich bisher nicht in der Lage war, die Bundesregierung von dieser staatspolitischen sinnvollen Umstrukturierung auch nur ansatzweise zu überzeugen.

Deshalb fordern wir Herrn Dollinger auf, endlich verkehrspolitische Überlegungen vorzulegen, die den Verkehrsbereich ausweisen und belegen als ein zukunftssträchtiges volkswirtschaftlich sinnvolles Investitionsfeld. (-/3.10.1983/ks/rs)

+ + +



Wirtschaftskriminalität wirksam bekämpfen  
-----

Statt dem Schaumgummi-Hämmerchen ist ein scharfes Schwert nötig

Von Dr. Vera Rüdiger

Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Der Paukenschlag des Bundeskartellamts rückt ein von Hessen längst im Bundesrat vorgebrachtes Thema wieder unübersehbar in den Vordergrund: Die Forderung nach Einführung eines Straftatbestandes des Ausschreibungsbetrugs.

Seit Jahren werden immer wieder verbotene Preisabsprachen von Unternehmen der Bauwirtschaft bei der Ausschreibung und der Vergabe von Bauaufträgen festgestellt. Die Schäden für die öffentliche Hand und für private Bauherren belaufen sich durch die Ausschaltung eines echten Wettbewerbs in wichtigen Teilen des Bauparktes auf hunderte von Millionen Mark.

Das geltende Recht reicht nicht aus, um solche skandalösen Absprachen zu bekämpfen. Hessen hat daher über den Bundesrat die Einführung eines Straftatbestandes des Ausschreibungsbetrugs gefordert. Weil sich die derzeit möglichen Bußgelder als absolut unwirksam erwiesen haben: Die betroffenen Unternehmen kalkulieren sie als Kostenfaktor - zusätzlich zu den betrügerisch erwirtschafteten höheren Gewinnen - ein und wälzen sie praktisch auf den Kunden ab.

Die Bußgeldbescheide des Bundeskartellamts, die nach umfangreichen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen versandt werden, werfen ein grelles Licht auf jene dunklen wirtschaftskriminellen Praktiken, die von manchen immer noch leichthin als Kavalliersdelikte oder Bagatelldelikte verharmlost werden. Im Gegenteil: Bei den Preisabsprachen handelt es sich um Betrug, um dreckige Geschäfte, die gleichermaßen zu Lasten der öffentlichen Hand und privater Bauherren gemacht werden.

Nun wurde gegen 77 Bauunternehmen, darunter die größten 15 der Branche, mit insgesamt 54 Millionen Mark die höchste Bußgeldsumme der Nachkriegszeit verhängt. Sehr "ehrenwerte" Gesellschaften, die sich von Bußgeldandrohungen offenbar nicht beeindrucken lassen: Bei den meisten der ertappten Bauunternehmen handelt es sich nämlich um Wiederholungstäter. Bereits 1975 wurden gegen 336 Baufirmen Geldbußen von fast 36 Millionen Mark ausgesprochen.

Im politischen Raum kann sich also niemand damit herausreden, daß das Problem nicht hinreichend bekannt gewesen sei. Um so unverantwortlicher erscheint es angesichts der jüngsten Enthüllungen, daß die Mehrheit der unionsregierten Länder im Bundesrat die hessische Initiative abgelehnt hat, mit der aus der Ordnungswidrigkeit verbotener Preisabsprachen der Straftatbestand eines Ausschreibungsbetrugs gemacht werden sollte. Offenbar will sich die konservative Koalition auch durch den bislang größten Betrugs-skandal immer noch nicht eines Besseren belehren lassen.

Zur gleichen Zeit, als die Meldungen über die schmutzigen Betrugsgeschäfte die Schlagzeilen der Presse beherrschten, wies der Bundesminister der Justiz die sozialdemokratische Forderung nach der Ersetzung des Schaumgummi-Hämmerchens der Ordnungswidrigkeit durch das scharfe Schwert des Strafrechts mit der wegen ihrer Problem-Bewußtlosigkeit kaum faßbaren Bemerkung zurück, es müsse erst mal geprüft werden, ob andere Mittel ausreichen. Wer mit derartigen Samthandschuhen die beinharten Praktiker der Wirtschaftskriminalität Mores lehren will, hat keinen Anspruch auf politische Nachsicht; der muß vielmehr beharrlich gedrängt werden, sich wirksameren Methoden der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität nicht länger in den Weg zu stellen.

Hessen wird nicht locker lassen.

(-/3.10.1983/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATIONIrseer Entschließungen der Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden

Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes und der Länder hat auf ihrer Konferenz vom 30. September / 1. Oktober 1983 in Irsee (Südbayern) u.a. Entschließungen zu den Genfer Verhandlungen, dem Bundeshaushalt, der Ausbildungsplatz-Situation und der Umweltpolitik verabschiedet. Wir dokumentieren heute die Entschließungen zu den drei erst genannten Bereichen, jene zum Umweltschutz in unserer morgigen Ausgabe.

Erklärung zu den Genfer Verhandlungen

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen im Bund und in den Ländern teilen die wachsende Besorgnis immer breiterer Schichten unseres Volkes vor den Folgen einer unverminderten Fortsetzung des nuklearen Raketenwettlaufes. Sie wissen, daß eine überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes aus dieser Sorge heraus die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ablehnt. Wird die Stationierung dennoch gegen den Willen dieser Mehrheit durchgesetzt, wird das zu einer tiefen Spaltung unseres Volkes und auch zu einer Schwächung des Bündnisses führen.

In dieser Situation ist es die Pflicht der Bundesregierung, alles zu tun, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Dazu gehört, daß sie auf ein Ergebnis der Genfer Verhandlungen hinwirkt, das die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen überflüssig macht. Ein solches Ergebnis ist erreichbar, wenn die Berücksichtigung der englischen und der französischen Systeme verbindlich zugesichert wird. Zu diesem Zweck muß auch darauf bestanden werden, daß die Staatschefs der beiden Weltmächte alsbald persönlich zusammentreffen.

Wir appellieren an den Bundeskanzler, der Regierung der Vereinigten Staaten den Willen der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes und die der Allianz im Falle der Stationierung drohende politische Schwächung mit der einem Partner gegenüber gebotenen Offenheit und Eindringlichkeit darzulegen. Zugleich muß der Bundeskanzler mit allem Nachdruck darauf drängen, daß die Bereitschaft der Sowjetunion, die Zahl ihrer Mittelstreckenraketen unter den Stand von Sommer 1978 zu verringern, genutzt wird.

Der Bundeskanzler läßt schwere Verantwortung auf sich, wenn er dies unterläßt, gleichzeitig aber eine Verleumdungs- und Diffamierungskampagne gegen die politischen Kräfte zuläßt, die dem Mehrheitswillen des Volkes Ausdruck geben.

Bundeshaushalt 1984 und Begleitgesetze

Die von der Bundesregierung vorgelegten Entwürfe für den Bundeshaushalt 1984 und die Begleitgesetze sind im Hinblick auf die wirtschafts-, finanz-, sozial- und beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten völlig verfehlt.

Obwohl sich die Aufschwungpropaganda inzwischen als reiner Zweckoptimismus erwiesen hat, obwohl die Arbeitslosenzahlen sogar nach Auffassung der Bundesregierung im kommenden Jahr noch weiter ansteigen werden, obwohl die Strukturkrisen bei Kohle, Stahl und Werften sich weiter zuspitzen, weigert sich die Bundesregierung, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Im Gegenteil: Die massiven Einschnitte im Sozialbereich mindern die verfügbaren Einkommen weiter und beeinträchtigen damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Diese Politik muß noch höhere Arbeitslosigkeit nach sich ziehen.

Bei Anerkennung der Notwendigkeit, die öffentlichen Haushalte durch Ausgabenbegrenzung zu konsolidieren, ist es unerträglich, wenn erneut durch eine Politik im Sinne von Lamsdorff/George/Albrecht einseitig den Einkommensschwächeren Lasten aufgebürdet werden, während auf der anderen Seite den Unternehmern erneut zum Beispiel durch Senkung der Vermögensteuer sinnlose Steuergeschenke in Milliardenhöhe zugeschoben werden und steuerliche Privilegien von Unternehmen und Großverdienern unangetastet bleiben.



Die vorgesehene Senkung der Unternehmenssteuern führt bei Ländern und Gemeinden zu erheblichen Belastungen, vor allem deshalb, weil die Vermögenssteuer eine reine Ländersteuer ist; die vorgesehene Änderung der Umsatzsteuerverteilung bewirkt bei weitem keinen vollständigen Ausgleich.

Darüber hinaus führen die umfangreichen Kürzungen bei den Sozialausgaben des Bundes dazu, daß zusätzliche Sozialhilfeansprüche entstehen, die von den Gemeinden getragen werden müssen. Hier verlagert also letztlich der Bund Belastungen auf die Gemeinden. So werden die Gemeinden als wichtigster Träger öffentlicher Investitionen erneut in ihrer Finanzkraft geschwächt.

Wenn die CDU/CSU-Länder dennoch dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung zustimmen, beweist das, wie sehr die eigenständige Vertretung von Länderinteressen hinter parteipolitischem Wohlverhalten zurücksteht.

Die Fraktionsvorsitzenden unterstützen die Haltung der Bundestagsfraktion in der 1. Lesung des Bundeshaushalts 1984 und der Begleitgesetze, insbesondere die Forderung nach wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Notwendig ist eine verstärkte Förderung privater und öffentlicher Investitionen zur Sicherung der Umwelt und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen ist eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung ohne arbeitszeitverkürzende Maßnahmen undenkbar. Deshalb muß die Politik der Arbeitgeberverbände zur Tabuisierung jeder Arbeitszeitverkürzung endlich durchbrochen werden.

#### Ausbildungsplatzsituation

1. Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich im Jahre 1983 dramatisch zuspitzt. Nachdem schon im letzten Jahr der statistische Ausgleich zwischen Angebot an und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen verfehlt wurde, hat sich das Mißverhältnis in diesem Herbst erheblich verschärft. Dabei hat sich insbesondere die Situation für Mädchen verschlechtert.

Diese Entwicklung ist ganz entscheidend durch die Politik der konservativen Bundesregierung verursacht worden:

- Der von der Bundesregierung versprochene Aufschwung der Wirtschaft ist nicht in Sicht.
- Im eigenen Verantwortungsbereich der Bundesregierung - bei den Bundesbetrieben - sind Ausbildungsplätze abgebaut worden.
- Infolge des Kahlschlags bei der Ausbildungsförderung suchen viele Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien einen Ausbildungsplatz im dualen System.
- Durch die jahrelange systematische Verteufelung akademischer Ausbildung durch die politischen Kräfte der neuen Politik werden viele Abiturienten vom Studium abgeschreckt und suchen einen Ausbildungsplatz im dualen System.
- Entgegen warnender Stimmen aus dem Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung hat die Bundesregierung die Zahl der Bewerber um einen Ausbildungsplatz im Berufsbildungsbericht zu niedrig angesetzt.
- Der Bundeskanzler hat zwar im Wahlkampf vollmundig "jedem Jugendlichen" eine Lehrstelle versprochen, dieses Versprechen aber nicht gehalten.

Die unausgeglichene Bilanz ist darüber hinaus dadurch gekennzeichnet, daß in ihr eine Vielzahl von Ausbildungsverhältnissen enthalten ist, die unter Gesichtspunkten des Arbeitsmarktes problematisch sind.

Darüber hinaus sähe die Bilanz noch schlechter aus, wenn nicht eine Reihe von Bundesländern durch zusätzliche Ausbildungsplätze im eigenen Bereich, durch Angebote in beruflichen Vollzeitschulen und vollzeitschulischen Ausbildungsgängen nach Berufsbildungsgesetz sowie durch Sonderprogramme zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen gegengesteuert hätten.



Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz weist den Versuch der Bundesregierung energisch zurück, die Verantwortung für diese Situation den betroffenen Jugendlichen in die Schuhe zu schieben.

Jugendliche sind in hohem Maße bereit, ihre Berufswünsche den Gegebenheiten des Angebotes anzupassen. Dennoch kann keinem Jugendlichen verübelt werden, daß er unter den Angeboten diejenigen auswählt, die für seine späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt am aussichtsreichsten sind. Beobachtungen legen vielfach den Schluß nahe, daß weniger die "Traumberufe" der Jugendlichen das Problem sind, sondern die "Traumlehrlinge", die Betriebe sich mit ausgefeilten Tests und auch durch längeres Hinhalten vermeintlich schwächerer Bewerber zu ergattern versuchen. Die Aufforderung der Bundesregierung an die Jugendlichen, räumlich mobil zu sein, kann angesichts des Alters der Betroffenen nur als zynisch bezeichnet werden. Selbst bei hoher Bereitschaft zu solcher räumlicher Mobilität reichen die angebotenen Ausbildungsplätze insgesamt nicht aus. Schließlich wird auch der von der Bundesregierung betriebene Abbau des Jugendarbeitsschutzes, der schon unter gesundheitlichen Gesichtspunkten unverantwortlich ist, keine zusätzlichen Lehrstellen mobilisieren.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz stellt fest:

- Bei Anerkennung aller Bemühungen der ausbildenden Wirtschaft haben die Arbeitgeber insgesamt ihre vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Verpflichtung, die Ausbildung der Jugendlichen zu gewährleisten, nicht erfüllen können, weil ein großer Teil der Betriebe gar nicht ausbildet.
  - Der Bundeskanzler ist mit seiner "Lehrstellengarantie" gescheitert, unzählige Jugendliche müssen sich betrogen fühlen.
2. In dieser Situation fordert die Fraktionsvorsitzendenkonferenz alle Verantwortlichen in Wirtschaft und Staat auf, mehr als in den letzten Monaten zu tun, um allen Jugendlichen einen Einstieg ins Arbeitsleben zu ermöglichen. Wer unserer Jugend diesen Einstieg verwehrt, produziert die Aussteiger aus der Gesellschaft.

Im einzelnen erhebt die Fraktionsvorsitzendenkonferenz folgende Forderungen:

- Durch Sonderprogramme müssen Bund und Länder im Herbst allen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, eine Ausbildung sichern helfen.
- Alle Verwaltungen, Unternehmen und Betriebe von Bund, Ländern und Gemeinden müssen ihre Ausbildungskapazitäten voll ausschöpfen.
- Dabei muß auch außerbetriebliche Ausbildung dort durchgeführt werden, wo keine Ausbildungsplätze im dualen System vorhanden sind.
- Die Möglichkeiten des Ausbildungsverbundes für kleinere Betriebe sind zu nutzen.
- Die Berufsschulen müssen in Ausstattung und Lehrerversorgung in die Lage versetzt werden, vollqualifizierende Ausbildungsgänge anbieten zu können.
- Die Arbeit von Einrichtungen und Selbsthilfeprojekten, die Jugendlichen eine Ausbildung geben, die zur Ausbildung hinführen oder arbeitslose Jugendliche betreuen, muß unterstützt werden.



- Es wäre ein Gebot der Gerechtigkeit, die Betriebe, die ihrer durch das Bundesverfassungsgericht festgestellten Verpflichtung zur Ausbildung nicht nachkommen, zur Finanzierung der Berufsbildung durch eine Ausbildungsabgabe heranzuziehen. Die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen werden gebeten, durch eine Bundesrats-Initiative die Bundesregierung aufzufordern dieses einzuleiten.
- Um die auch in den nächsten Jahren zu erwartende hohe Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im dualen System nicht noch zu vergrößern, müssen die Hochschulen auch weiterhin für alle Bewerber offengehalten werden.
- Wenn es im nächsten Jahr nicht zu einer Verbesserung der Transparenz der Ausbildungsplatzsituation kommt, dann ist die Einführung einer Meldepflicht für Ausbildungsplätze nach dem AFG unumgänglich.
- Die Länder werden aufgefordert, zur Erhöhung der Transparenz Berufsbildungsberichte zu erstellen, aus denen Informationen über die Entwicklung der akademischen, schulischen und betrieblichen Berufsausbildung sowie über regionale und sektorale Probleme hervorgehen.

(-/3.10.1983/ks/rs)

+ + +

